

Gesellschaft als Gemeinschaft? Akademischer und politischer Populismus

Krämer, Benjamin

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krämer, B. (2020). Gesellschaft als Gemeinschaft? Akademischer und politischer Populismus. In V. Gehrau, A. Waldherr, & A. Scholl (Hrsg.), *Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft): Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019* (S. 69-79). Münster: Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V. <https://doi.org/10.21241/ssoar.66877>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Gesellschaft als Gemeinschaft? Akademischer und politischer Populismus

Benjamin Krämer

Ludwig-Maximilians-Universität München

Zusammenfassung

Der Beitrag diskutiert implizit und explizit in der Kommunikationswissenschaft vertretene Gesellschaftsvorstellungen und fragt, was wir meinen, wenn wir von der Integration der Gesellschaft durch Medien sprechen. Vielfach herrscht die Vorstellung einer durch gemeinsame Werte zusammengehaltenen Gesellschaft, wie sie auch in der populären Diskussion um Integration Zugewanderter meist vertreten wird. Eine Integration durch Medien stellt man sich oft so vor, dass sie durch massenmedial verbreitete gemeinsame Themen bewirkt wird oder durch Konformitätsstreben aufgrund medial konstruierter Meinungsklimata. Eine solches auf Gleichsinnigkeit beruhendes „gemeinschaftliches“ Gesellschaftsbild liegt trotz aller bedeutsamer Unterschiede auch dem Rechtspopulismus zugrunde. Dieser etwas provokative Vergleich regt zur kritischen Reflexion darüber an, welchen anderen (deskriptiven und normativen) Gesellschaftstheorien man sich vermehrt zuwenden sollte, die eine Vielfalt von Integrationsmechanismen vorsehen und einen Rahmen schaffen, wie mit differenzierten und widerstreitenden Wertvorstellungen umgegangen werden kann.

Keywords: Integration, Populismus, Rechtspopulismus, Gesellschaftstheorie, Gemeinschaft, Werte

Summary

This contribution discusses implicit and explicit conceptualizations of society that are being maintained in communication research and what is meant by the notion of social integration by the media. It is often assumed that society is held together by common values—a conception that is also often evoked in popular discussions on the integration of migrants. Integration by the media is often thought of as effected by common topics or the tendency towards conformity due to medially constructed climates of opinion. Such a "communitarian" view of society rooted in consensuality is—despite important differences—also the basis of right-wing populism. This somewhat provocative comparison might stimulate a critical reflection which other (descriptive and normative) theories of society one might turn to—theories that imply a variety of mechanisms of integration and provide a framework to deal with differentiated and conflicting values.

Keywords: Integration, populism, right-wing populism, social theory, community, values

Einleitung

Gesellschaften werden durch gemeinsame Werte, eine gemeinsame Kultur zusammengehalten. Zugewanderte müssen sich in diese Wertegemeinschaft integrieren. Die Medien haben wiederum die Funktion, die Gesellschaft durch gemeinsame Themen, gar Konsens in Wertfragen zu integrieren – oder neuerdings „Filterblasen“ aufzubrechen. Und der Rechtspopulismus steht den demokratischen Werten der restlichen Gesellschaft und des Grundgesetzes diametral gegenüber und spaltet die Gesellschaft.

Dies sind einige Aussagen, die man so ähnlich in Einleitungen kommunikationswissenschaftlicher Publikationen lesen könnte und die sinngemäß – wenn auch vielleicht etwas anders formuliert – auch in Medienbeiträgen oder Reden von Politiker*innen vorkommen könnten. Sie mögen vielleicht als austauschbare und wohlfeile, aber nicht grundfalsche Einleitungsprosa abgetan werden. In den folgenden eher essayistischen Ausführungen sollen sie jedoch einer Kritik unterzogen werden.

Aus akademischer Sicht ist der Populismus, vor allem der hiesige Rechtspopulismus, oft das „Andere“, ein vielleicht faszinierendes, aber fremdes politisches Phänomen jenseits des eigenen Liberalismus und des eigenen, komplexeren Gesellschaftsbildes. Und sicher denkt man anders über Integration von Menschen bzw. der Gesellschaft als die Populist*innen, zumal die hiesigen Rechten! Dieser Beitrag soll diese sicher nicht ganz falsche Gewissheit ein wenig erschüttern, indem er Kontinuitäten aufzeigt zwischen einem auch außerhalb des Populismus in der Öffentlichkeit, in verschiedenen Eliten und in der allgemeinen Bevölkerung weit verbreiteten Gesellschaftsbild, ferner der rechtspopulistischen Vorstellung von Gesellschaft und schließlich den in unserem Fach oft implizit, aber auch explizit vertretenen Gesellschaftsvorstellungen. Diese etwas provokative Gegenüberstellung regt zur kritischen Reflexion darüber an, welche Vorstellungen der Gesellschaft eigentlich der Forschung in der Kommunikationswissenschaft zugrunde liegen und was wir meinen, wenn wir von Integration der Gesellschaft durch Medien sprechen.

Ich werde also die Aussagen des einleitenden Absatzes noch einmal aufgreifen – leicht umformuliert, um die Angriffspunkte deutlicher zu markieren – und ihnen Gegenthesen gegenüberstellen. Ich argumentiere dazu

ein wenig gegen einen Strohmann, also eine recht naive, unreflektierte Position, die ich idealtypisch wiedergebe. Man kann mir dann natürlich vorwerfen, dass ich offene Türen einrenne und mir so manche Publikation vorhalten, die deutlich weiter ist – zumal das Ziel hier nicht ist, die kommunikationswissenschaftliche oder gar größere Teile der gesamten sozialwissenschaftlichen Literatur zur Integration aufzuarbeiten oder mich gar an einzelnen Publikationen abzuarbeiten und Schulnoten zu verteilen. Vielmehr würde ich behaupten, dass trotz vielversprechender Ansätze noch viel Arbeit vor uns liegt, unterkomplexe und einseitige Verständnisse gesellschaftlicher Integration (durch Medien) zu reflektieren. Insbesondere richte ich mich damit nicht so sehr an diejenigen, die sich schwerpunktmäßig mit Integration befassen. Gerade in anderen Forschungsbereichen bleiben oft problematische Verständnisse von Integration unreflektiert, wenn etwa zur Relevanzbegründung für ganz andere Forschungsinteressen darauf verwiesen wird, es gebe etwa gewisse Herausforderungen bei der Integration Zugewanderter oder die Medien müssten eine gewisse Integrationsfunktion erfüllen. Die dann implizierten Verständnisse von Integration neigen dazu, außerwissenschaftliche Vorstellungen und Normen gesellschaftlicher Ordnung wiederzugeben, die einer gesellschaftstheoretischen Kritik nicht immer standhalten.

„Gesellschaft“ als nationale Gemeinschaft

„Gesellschaften‘ (=Nationalstaaten) sind Gemeinschaften, die durch gemeinsame Werte oder Kultur integriert werden.“

Gerade die Gegenüberstellung von Gesellschaft und Gemeinschaft ist eine Unterscheidung, die bereits die heute so genannten soziologischen Klassiker getroffen haben – wenn auch nicht mit exakt deckungsgleichen Bedeutungen (z.B. Tönnies, 1887; Weber, 1922). Mein Argument in diesem Abschnitt ist ausdrücklich nicht, dass die Ausdrücke „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ „falsch“ verwendet würden. Vielmehr soll es darum gehen, dass ein bestimmter Mechanismus gesellschaftlicher Integration fälschlicherweise als der wesentliche oder gar der einzige aufgefasst wird. Mir kommt es also im gegenwärtigen Kontext auf die Arten an, wie eine Gesellschaft zusammengehalten wird, bzw. genauer, wie stabile soziale Ordnung entsteht.

Die Idee, dass soziale Ordnung durch Gleichsinnigkeit entstehe, ist vielleicht der Kern der damals so titulierten „bürgerlichen“ Soziologie der Nachkriegsjahrzehnte. Worin die Gleichsinnigkeit besteht, darin unterscheiden sich die verschiedenen Schulen. Der auch hierzulande stark rezipierte amerikanische Strukturfunktionalismus vertritt die Vorstellung einer Integration der Gesellschaft durch Werte, die dem Handeln eine gemeinsame Richtung geben (vgl. z.B. Parsons, 1935) – ein Gedanke, der in sozialwissenschaftlichen Diskursen noch sehr präsent ist. Natürlich sind Verstöße denkbar und empirisch festzustellen, die dann als „Devianz“ in Bezug auf die eigentlich ansonsten vorherrschenden Werte untersucht werden können. Und in der Kommunikationswissenschaft ist auch eine besondere Variante zur Geltung gelangt: Die Masse hält sich durch allgemeinen Konformitätsdruck prinzipiell hierarchie- und führerlos in Schach, die öffentliche Meinung ist ein ordnender Leviathan, dessen Leib nur aus der Masse besteht (Brandt, 1987) – wenn auch charakterstarke Eliten im Guten wie im Schlechten dem Konformismus widerstehen, eine Mehrheit suggerieren oder den Prozess anstoßen, in dem eine nur wahrgenommene bzw. suggerierte Mehrheit in eine reale umgewandelt wird (wie ja in der Theorie der Schweigespirale und in der durch sie inspirierte Forschung angenommen wird, vgl. Noelle-Neumann, 2001).

In all diesen Varianten bleibt die Gesellschaft gedanklich eine Gemeinschaft: Man stellt sich vor, dass sie nicht nur durch sachliche oder interessensmäßige Interdependenzen zusammengehalten wird (bei Durkheim, 1967: „organische Solidarität“, was ungefähr „Gesellschaft“ statt „Gemeinschaft“ bei Tönnies oder Weber entspricht), sondern vor allem durch Gleichsinnigkeit der Vorstellungen und insbesondere Werthaltungen (bei Durkheim: „mechanische Solidarität“, entspricht ungefähr „Gemeinschaft“ bei Tönnies oder Weber). Die Vorstellung, Gesellschaft sei gemeinschaftlich integriert, rückt also einseitig einen bestimmten Integrationsmechanismus in den Vordergrund, zu Lasten eines „gesellschaftlichen“ im engeren Sinne. Hingegen sahen bereits die Klassiker den gemeinschaftlichen Modus als verlorengegangen bzw. überwunden an.

Ich werde gegen jene Gemeinschaftsvorstellung argumentieren, dass die Idee einer Integration durch gemeinsame Werte gesellschaftstheoretisch unterkomplex und normativ problematisch ist. Hinzu

kommt, dass Medien und Wissenschaft oft ein unreflektiertes ethnozentrisches, nationalstaatliches Dogma reproduzieren, indem häufiger von „Gesellschaften“ im Plural gesprochen wird und damit Nationalstaaten gemeint sind. Die Staatszentrierung setzt sich übrigens darin fort, dass z.B. gerade aus dem Grundgesetz, also einem Dokument über die Funktionsweise des Staates und vor allem über die Grenzen seines Handelns, diejenigen „Werte“ herausgelesen werden, die der Gesellschaft zugrunde liegen sollen. Natürlich spiegelt es gewisse normative Vorstellungen seiner und unserer Zeit. Diese Lektüre suggeriert jedoch, dass die Grundlagen von Staatlichkeit und von Gesellschaft überhaupt eins seien, reduziert etwa die Zivilgesellschaft eher auf die Kultivierung staatstragender Überzeugungen und entlastet einen von der Aufgabe, seine normativen Grundlagen in Diskursen zu begründen, denn „es steht im Grundgesetz“.

Es wäre jedoch wenig zweckmäßig, den Begriff der Gesellschaft an den Nationalstaat, ein beliebiges soziales Faktum zu knüpfen, das nicht nur historisch sehr speziell ist, sondern insgesamt eben eines unter vielen. Soziales Geschehen orientiert sich zwar neben vielem anderen auch teilweise an Staatsgrenzen, aber eben oftmals nicht – und das nicht erst infolge von „Globalisierung“. Zumal fraglich wäre, in welcher „Gesellschaft“ Grenzstreitigkeiten, Raumfahrt oder einfach medienvermittelte Kommunikation in ein anderes Staatsgebiet stattfänden... Auch die Gleichsetzung von „Gesellschaften“ mit einer Menge von Personen (z.B. nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort?) würde konsequent durchgehalten zu absurden Implikationen führen. Einige Personen wären Mitglieder mehrerer Gesellschaften, Staatenlose oder Menschen, die sich auf internationalen Gewässern und im Weltraum aufhalten, zu gar keiner Gesellschaft zugehörig.

Natürlich ist die Rede von „Gesellschaften“, wenn man Nationalstaaten meint, genauso wie die pragmatische Beschränkung auf ein Land bei empirischen Erhebungen (der methodologische Nationalismus, Beck & Beck-Gernsheim, 2008) erst einmal nur eine verständliche Nachlässigkeit oder pragmatische Notwendigkeit. Sie kann sich aber zu einem ausgewachsenen Erkenntnis- und normativen Problem ausweiten, wenn die Perspektive immer auf die Innensicht eines Staates und seiner anerkannten Angehörigen beschränkt bleibt und wenn diese Perspektive und Gruppe gar als selbstverständliche Einheit essentialisiert werden.

Gesellschaftstheoretisch angemessener wäre, kurz gesagt, die Vorstellung einer funktional differenzierten und stratifizierten Weltgesellschaft (die natürlich in gewisser Hinsicht durchaus auch segmentiert ist, nicht nur in Staaten, sondern auch z.B. in Organisationen, Familien, einzelne Zusammenkünfte usw.). Solche Theorien wären z.B. Luhmanns systemtheoretische Beschreibung der Weltgesellschaft, die aber Stratifikation und Segmentierung nicht verneint, Bourdieus Kombination aus Klassen- und Feldtheorie oder Habermas' Variante der Systemtheorie, um nur einige der bekannteren zu nennen (Bourdieu, 1979, 1980; Habermas, 1987; Luhmann, 1985, 1998, 2005).

In einer solchen Gesellschaft besteht eine Vielzahl von Integrationsmechanismen, welche dafür sorgen, dass das soziale Geschehen überhaupt fortläuft und nicht etwa ständig ganz abbricht, sich oft sogar geordnet und erwartbar abspielt, ja in vielen Fällen auch konfliktfrei abläuft (wobei der Konflikt eben auch eine Form des strukturierten Geschehens darstellt). Gesellschaftliche Bereiche sind auf die Leistungen anderer angewiesen (etwa die Wirtschaft auf die Durchsetzbarkeit von Verträgen durch die Justiz), Interessen sind komplementär (jemand produziert eine Sendung, jemand anderes schaut sie an), Rollenerwartungen sind mehr oder weniger aufeinander eingespielt (etwa Journalist*innen und Quellen) oder allgemeiner: Erwartungen sind eingelebt oder institutionalisiert (man weiß, wie die bevorstehende Familienfeier oder eine Talkshow ablaufen werden); durch Machtmittel können andere zu bestimmten Handlungen gebracht werden, oder man ignoriert sich einfach, geht sich aus dem Weg. Ein Musterbeispiel ist auch Massenkommunikation, welche das Publikum *a priori* zu nichts verpflichtet und die man bei Meinungsverschiedenheiten und aus anderen Gründen ignorieren kann, und die oft auch verschiedene Meinungen ohne schlussendliche Entscheidung und Festlegung auf einzelne Werte „ausgewogen“ nebeneinanderstellt. Diese nicht unbedingt systematische und abschließende Aufzählung soll zeigen, dass gemeinsame Wertvorstellungen hier nicht den entscheidenden ordnenden Faktor darstellen – höchstens in vielen Fällen die sehr abstrakte, lediglich hintergründige Überzeugung und Wertentscheidung, nicht auf normativem Konsens oder Streit zu beharren, sondern solche Konflikte in der Regel gerade nicht heraufzubeschwören.

Wenn man sich eine normative Integration einer solchen Gesellschaft als idealtypischen Grenzfall vorstellen kann, dann müssten entsprechende Normen

so abstrakt sein, dass sie von Wertzuschreibungen, von Vorstellungen des guten Lebens und absoluten Zielen abstrahieren. Sie müssten vielmehr deren Konflikte auf der Grundlage von Perspektivübernahme zu lösen vermögen und so die freie und gerechte Erfüllung von Bedürfnissen ermöglichen und ansonsten Freiräume schaffen für die unterschiedlichsten Lebensweisen und situationalen Praktiken.

Werte erscheinen zwar erst einmal Zustimmungswürdig – wer wäre nicht für „Freiheit“, „Toleranz“, „Demokratie“, ja vielleicht sogar für „Familie“ und „Tradition“, zumindest wenn sie einen zu nichts verpflichten, sondern nur erlauben oder ermuntern, Familien zu gründen und Traditionen zu pflegen? Um den Preis, dass die einzelnen Begriffe entleert werden, ihre Verbindlichkeit herabgesetzt wird, lassen sich fast beliebig verlängerbare Listen von Werten aufstellen und z.B. auch in öffentlichen Diskursen beschwören. An sie zu appellieren, stiftet in der Tat vielleicht ein Gefühl der Gemeinschaft – womit aber noch kein einziger Konflikt zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen, zwischen unterschiedlicher Vorstellungen des guten Lebens und der sozialen Ordnung gelöst ist. Und umgekehrt droht immer ein Übergreifen der als gemeinsam unterstellten Werte auf die Lebensweise der Einzelnen und drohen andere ausgegrenzt zu werden, die (vermeintliche) diese Werte nicht teilen: Fortpflanzung wird zur Bürger- und vor allem Bürgerinnenpflicht, Tradition zur einengenden Moral, zum starren Ritual oder zum Ausgrenzungsgrund.

Wenn man Werte weit genug abstrahiert und Wertkonflikte auflösen will, landet man dann in der Tat bei Normen bzw. bei formalen Entscheidungsverfahren, die gerade neutral sein müssen gegenüber individuellen Wertsetzungen. Dann landet man bei abstrakten Ansprüchen, etwa auf Erfüllung wesentlicher Bedürfnisse und ansonsten bei Grenzen des gegenseitigen In-die-Pflicht-Nehmens, des Vorschriften-Machens usw., die eine liberale, pluralistische Gesellschaft und Öffentlichkeit ausmachen.

„Integration“ als Problem mit und von Zugewanderten

„Zugewanderte müssen sich in diese Wertegemeinschaft der Gesellschaften ‚integrieren‘, sonst kommt es zu Problemen der sozialen Ordnung.“

Im vorherrschenden politischen und medialen Diskurs wird zwar Vielfalt gegen völkische Weltbilder beschworen, jedoch auch vor Polarisierung und unverbindlichem Multikulturalismus gewarnt und Integration oft als die Forderung und Förderung der Internalisierung gemeinsamer Werthaltung verstanden. Der Fokus liegt dabei auf der „Integration“ a) von Zugewanderten mittels b) deren Anpassung und c) übersieht die insgesamt notwendigen Inklusionsleistungen und Mechanismen der gesellschaftlichen Integration.

Mein Argument ist auch hier nicht, dass „Integration“ irgendwie „falsch“ definiert werde, sondern dass damit bestimmte soziale Unterscheidungen (zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund) und Problemdefinitionen impliziert werden, andere hingegen in den Hintergrund treten und dass der alleinige Blick auf Integration in diesem engen Sinne eine große Bandbreite an Integrationsmechanismen übersieht.

Die Verbindung von Individuum und Gesellschaft sollte nicht so sehr als Internalisierung prinzipiell einheitlicher kultureller Haltungen verstanden werden, sondern jede Person ist in den verschiedensten Weisen gesellschaftlich eingebunden und stellt damit wiederum Verbindungen zwischen den Bereichen her, in die sie integriert ist. Sie ist (in der Regel) Familienmitglied, handelt auf irgendeine Art ökonomisch, ist Adressat rechtlicher Regelungen und politischer Herrschaft, prägt diese eventuell durch politische Aktivität mit usw. – jedoch auf je ungleiche Weise: in der Rolle als Kind und/oder Elternteil und/oder Waise, als rechtstreu oder straffällig, als Wählerin und/oder Ministerin usw. Die sich überschneidenden Rollen stellen jedoch noch keine „Verbundenheit“ im emphatischen Sinne her. Ein Manager, der zugleich Vater ist, wird dadurch noch nicht automatisch die Belange von Familien bei seinen Entscheidungen berücksichtigen; eine Professorin aus der Arbeiterklasse nicht notwendigerweise sensibel sein für die Schwierigkeiten studierender Arbeiterkinder. Vielmehr muss man, um gesellschaftliche Integration zu verstehen, über diese Mehrfachinklusion von Personen hinaus abstrahieren.

Gesellschaftliche Integration wird auch durch institutionalisierte Interdependenz und spontane bereichsübergreifende Anschlussfähigkeit von Handlungen sichergestellt. Durch diese Interdependenzen wird zugleich mehr, aber auch weniger geleistet, als es durch Rollenüberschneidungen möglich wäre. Denn einerseits ist gesellschaftliche Integration nicht auf die manchmal nur zufällig vorhandenen Rollenkombinationen angewiesen. Ferner müssen Personen nicht alleine die Verbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche mit ihren eventuellen Konflikten auf sich nehmen. Andererseits sind diese Bereiche nicht immer so aufeinander abgestimmt, wie es notwendig wäre. So sind einerseits rechtliche Regelungen möglich, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch dann sicherstellen, wenn einzelne Entscheidungsbefugte in Organisationen keinen Sinn dafür haben. Andererseits können diese Regelungen höchst unzureichend sein, gemessen daran, wie man sich Solidarität mit denjenigen vorstellt, die Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder einfach ein erfülltes Privatleben schätzen, das nicht von Arbeitgeberinteressen dominiert wird.

Die Koordination zwischen gesellschaftlichen Bereichen und Logiken wird nicht immer im engeren Sinne durch Normen und Werte geleistet, auch wenn institutionalisierte Verknüpfungen durchaus einen Verpflichtungscharakter aufweisen. Es wird einfach einkalkuliert, dass bestimmte politische Maßnahmen in den Medien berichtet werden, und man rechnet damit, dass Uniabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt anerkannt werden. Und im Alltag wird meist weniger erwartet, dass man „Werte“ hochhält, als dass man einfach rollengemäß handelt und basale Interaktionsregeln einhält.

Diese Formen der Koordination sind jedoch nicht immer zufriedenstellend und wünschenswert. Normativ wären also Integrationsmechanismen zu fordern, welche über eine beliebige faktische herrschende Abstimmung gesellschaftlicher Bereiche und die beliebige, oft konfliktreiche und belastende Inklusion von Personen in gesellschaftliche Bereiche hinausgehen. Dass etwas einfach funktioniert und die Gesellschaft irgendwie zusammengehalten wird, wird einem also nicht genügen. Es ginge also z.B. um die Nicht-Kolonialisierung der Lebenswelt (Habermas, 1987, Bd. 2, S. 522), um gelingende Partizipation oder darum, dass eine stabile Identität gelingen kann, die nicht unter systemischen Erfordernissen und Belastungen leidet, so wenig sich dieses Leiden eventuell bislang artikulieren lässt (vgl. die Diskussion

in Honneth & Fraser, 2003).

Verweist man auf „Integration“ durch Übernahme von Werten, erwartet man also gleichzeitig zu viel und zu wenig: Sie suggeriert Einheitlichkeit, wo eine Vielfalt von Rollen und Lebensentwürfen möglich sein sollte und gesellschaftlich notwendig ist, und beschränkt sich zugleich auf Haltungen des Individuums, die noch keine sinnvolle und gerechte Teilhabe sicherstellen und noch nicht dafür sorgen, dass verschiedene gesellschaftliche Bereiche sinnvoll aufeinander abgestimmt sind.

Die fachinterne und populäre (z.B. mediale) Gesellschaftsdiagnose sollten sich also verstärkt anderen (deskriptiven und normativen) Gesellschaftstheorien zuwenden, welche nicht auf gemeinschaftlichen Vorstellungen beruhen: Diese würden die Gesellschaft als funktional und nach Klassen- bzw. nach Milieus und Subkulturen differenziert beschreiben. Sie sehen eine Vielfalt von Integrationsmechanismen vor. Die Gesellschaft wird dann eben nicht nur durch Werte, sondern z.B. auch durch Interdependenz der Teilbereiche sowie durch nicht notwendigerweise i.e.S. normative, aber stabile und eingelebte soziale Erwartungen zusammengehalten. Und auch bei sozialer Indifferenz oder bei Konflikten und Interessengegensätzen löst sich die Gesellschaft nicht etwa (lokal) auf, sondern wird dann durch eine andere Form wechselseitiger Orientierung strukturiert.

Normativ betrachtet kommt es dann darauf an, wie mit differenzierten und widerstreitenden Wertvorstellungen umgegangen werden kann: wie abstrakt Normen sein müssen, damit sie von verschiedenen persönlichen Wertsetzungen absehen, diese jedoch prinzipiell anerkennen und trotzdem Verständigung oder die vernünftige Austragung von Konflikten ermöglichen. Ferner darauf, wie Differenzierung möglich ist, ohne dass Menschen Konflikte widerstreitender Anforderungen aufgebürdet werden oder ihre Partizipationschancen über verschiedene Bereiche hinweg gering sind (dass also ein nachteiliger Status in einem Bereich einen ebenso benachteiligten in anderen nach sich zieht, z.B. dass unter dem Ausschluss von weiterführender Bildung die Berufschancen leiden, darunter die Entfaltungsmöglichkeiten in Beziehungen, darunter das Wohlbefinden usw.). Das ist ein Problem, das sich gewiss nicht nur durch und für Zugewanderte stellt, aber wovon sie als eine Gruppe unter anderen besonders betroffen sein können.

Zuverlässige Redundanz (oder furchtsame Konformität) als Funktion der Medien

„Die Medien haben die Funktion, die Gesellschaft durch gemeinsame Themen, gar Konsens in Wertfragen zu integrieren und neuerdings ‚Filterblasen‘ aufzubrechen.“

Die Kommunikationswissenschaft hat in der Fragmentierung von Öffentlichkeit eines ihrer dauerhaft leitenden Themen entdeckt. Insbesondere im deutschsprachigen Raum wurde gefragt: Stellen die Medien gemeinsame Themen zur Verfügung, schaffen sie nicht sogar bestenfalls gemeinsame Werthaltungen, auf dass ein konfliktfreies Miteinander gedeihen und stabilisiert werden kann? Man könnte natürlich, wie es durchaus in anderen Schulen (etwa der Kultivierungsforschung) geschah, besorgt nach einem drohenden „Mainstreaming“ fragen, also Einheitlichkeit negativ wenden. Man sah aber auch nach allerlei Medienwandel weiterhin vor allem ein Integrationsproblem darin, dass Teilpublika jeweils nur mit einem Ausschnitt von Themen und Meinungen konfrontiert sind.

Auch hier geht die herrschende Integrationsvorstellung wiederum zu weit und nicht weit genug. Normativ wünschenswerte Öffentlichkeit ist zugleich mehr und weniger als thematische Redundanz plus ausgewogene Repräsentation von Meinungsdifferenzen. Und schon gar nicht auf Integration durch furchtsame Konformität zu reduzieren, wie es etwa in der Theorie der Schweigespirale nahegelegt wird, in der Medien eine tatsächliche oder vermeintliche Übermacht eines Lagers suggerieren und damit das unterlegene Lager und die spontane Abweichung vorläufig durch sozialen Druck ruhigstellen (Noelle-Neumann, 2001).

Öffentlichkeit funktioniert nicht nur über Gemeinsamkeiten, sondern auch mittels fachlicher und interessensmäßiger Spezialisierung. Gruppen und soziale Bewegungen können sich in eigenen, mehr oder weniger geschützten Räumen konstituieren, ihre Forderungen erstmals artikulieren und geeignete Alternativen zu den herrschenden Strukturen der Öffentlichkeit erproben, bevor es ihnen eventuell gelingt, eine umfassendere Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu gewinnen.

Wie begrenzte oder umfassendere Öffentlichkeiten aus normativer Sicht strukturiert sein müssten, ist umfangreich diskutiert worden, was hier nicht im Detail aufgearbeitet werden kann. Es würde sich

jedenfalls, so viel soll mit Blick auf verschiedene diskurs- und anerkennungstheoretische Ansätze (vgl. erneut z.B. Honneth & Fraser, 2003, sowie Habermas, 1992) gesagt werden, um Diskurse handeln, in denen Gruppen Anerkennung für ihre (legitimen) Ansprüche und Kritik, ihre Eigenarten und Lebensweise, ihre Perspektive und Erlebnisse usw. erlangen können. Zugleich können sie diskriminierende Zuschreibungen und Forderungen zurückweisen, insbesondere Essentialisierungen dekonstruieren. Es wären ferner Diskurse, in denen Normen des Zusammenlebens und wünschenswerte gesellschaftliche Verhältnisse in einer unvermachten, durchlässigen, vernetzten Öffentlichkeit ausgehandelt würden. Alle hätten dabei das Recht, zu thematisieren, was ihnen wichtig ist. Die Öffentlichkeit wäre dann also nicht einfach Lieferantin gemeinsamer Themen oder durch Themen strukturiert, wer auch immer sie auf die Agenda setzt, sondern der Ort, an dem allen ermöglicht wird, etwas zu thematisieren.

Solche Diskurse würden zwischen unterschiedlichen Kontexten und Perspektiven übersetzen, würden Konsens und Kompromisse finden, Antagonismen überwinden, aber von Pluralismus und Interessengegensätzen ausgehen, ohne dass also von vornherein unterstellt würde, dass die Gesellschaft bereits ein vernünftiges bzw. naturwüchsiges Ganzes mit gemeinsamen Werten wäre.

Solche Diskurse würden ihre eigenen Regeln und Grenzen mitreflektieren, also was sagbar sein sollte und was die Regeln des Diskurses untergräbt, wer die Regeln gegen den Diskurs wendet und ihn so für andere Zwecke instrumentalisiert.

Die Integrationsfunktion von Institutionen medienvermittelter Kommunikation ermisst sich also daran, inwieweit sie Perspektivübernahme und Anerkennung in pluralistischen Gesellschaften und zugleich die Artikulation von Interessengegensätzen ermöglichen, Vermittlungs- oder Übersetzungsleistungen zwischen sozialen Kontexten erbringen bzw. erleichtern, Diskurse über abstraktere Normen ermöglichen und Inklusion und Teilhabe in den verschiedensten sozialen Bereichen befördern. Ihre Funktion ist also z.B. keinesfalls auf die Rolle der Lieferanten gemeinsamer Gesprächsthemen oder der Beschwörung gemeinsamer Werte zu reduzieren.

Der Rechtspopulismus als das spaltende Andere

„Der Rechtspopulismus steht den ‚demokratischen Werten‘ der restlichen Gesellschaft/des Grundgesetzes‘ diametral gegenüber und ‚spaltet‘ die Gesellschaft.“

Der politische Rechtspopulismus legitimiert sich über eine Extremform der Vorstellung von Gesellschaft als Gemeinschaft: Er erhebt den Anspruch, die korrupten, verschwörerischen Eliten zu ersetzen, welche nicht mehr den Willen „des Volkes“ vertreten – eines Volkes freilich, das im Rechtspopulismus unter Ausschluss von Minderheiten als prinzipiell einheitlich vorgestellt wird (Müller, 2014). Diese Volks sei dann durch ihm fremde innere und äußere Feinde bedroht, durch abweichende, zersetzende und parasitäre einheimische Eliten und Minderheiten sowie durch Zugewanderte.

Trotz der Kontinuität zwischen rechtspopulistischen und anderen gemeinschaftlichen Gesellschaftsvorstellungen bleiben natürlich bedeutsame Unterschiede. Diese Kontinuität sollte jedoch nicht verdrängt werden. Rechtspopulismus ist aus dieser Sicht keine *normal pathology*, also ein zwar verbreitetes, aber westlichen „Gesellschaften“ wesensfremdes Phänomen, sondern eine *pathological normalcy*, also eine Übersteigerung gängiger Vorstellungen und Haltungen (Mudde, 2010).

Auch die wissenschaftliche Diskussion droht unreflektiert zu sehr von gemeinschaftlicher Integration auszugehen. Wenn der Begriff nicht bereits mit etwas anderer Bedeutung belegt wäre (Frith, 1991), so könnte man von „akademischem Populismus“ sprechen: der von einem etwas elitärem Standpunkt aus bekundeten Sorge um den Zusammenhalt der Gesellschaft als ein durch Gleichsinnigkeit integriertes Ganzes.

Die Aussage wiederum, dass der Rechtspopulismus spalte und dass insbesondere die klassischen oder sozialen Medien zu einer Polarisierung beitragen, kann natürlich sehr verschieden verstanden werden. Insbesondere kann jedoch die Verbindung von Rechtspopulismus und Spaltung bzw. Polarisierung ebenfalls problematische Konnotationen aufweisen. Denn es kann dahinter die Vorstellung liegen, dass es prinzipiell einheitliche Wertvorstellungen gebe und der Rechtspopulismus nun gleichsam von außen kommend einen Keil in diese Gemeinschaft treibt, indem er sie nötigt, zu ihm Stellung zu nehmen bzw.

einem Teil dieser Gemeinschaft durch Propagandatricks die etablierten Werte abspenstig macht und so eine Gruppe abspaltet. Diese Vorstellung steht einerseits in der Tradition der *normal-pathology*-These und bestätigt andererseits das Lagerdenken des Rechtspopulismus: Er ist, wenn auch in negativer Weise, die einzige Alternative zum einheitlichen gesellschaftlichen und politischen Mainstream.

Wenn die Rede davon ist, dass der Rechtspopulismus spalte, so ist nachzufragen, ob dabei nicht etwa ausgeschlossene Dritte unsichtbar gemacht werden. Zunächst ist es der Rechtspopulismus, der hier ausschließt, z.B. Zugewanderte. Man könnte natürlich argumentieren, dass diese sich automatisch in demjenigen Lager wiederfänden, das dem Rechtspopulismus gegenübersteht. Aber auch außerhalb des Rechtspopulismus sind die Zugewanderten oft nicht politische Subjekte, sondern Objekt: Sie bzw. „die Zuwanderung“ sind das, in Bezug worauf „die Gesellschaft“ gespalten ist. Und so sehr man betonen muss, dass all das nicht notwendigerweise impliziert ist, wenn vom „spaltenden“ Rechtspopulismus gesprochen wird, so fragt man sich doch, wie eine angenommene Spaltung zu überwinden wäre – etwa indem mit Blick auf diese „Objekte“ ein Kompromiss mit dem Rechtspopulismus gefunden wird?

Wichtig ist aber auch, dass der Rechtspopulismus weitere Gruppen ausschließt, die nicht zuwandern wollen oder zugewandert sind. Vielmehr bewirkt oder bestärkt er eine noch engere Unterscheidung: zwischen einer womöglich „gespaltenen“ „eigentlichen“ politischen Öffentlichkeit und denjenigen, *über* die gesprochen und politisch verfügt wird. Diese Unterscheidung verläuft dann nicht einmal entlang der Unterscheidung von Staatsangehörigen und Nicht-Staatsangehörigen (was ebenfalls keine Legitimation für einen Ausschluss aus Diskursen sein sollte), sondern es wird noch strenger ausgegrenzt. Dies kommt aber – wenn auch ohne die radikalen Konsequenzen – in vielen politischen und medialen, ja auch wissenschaftlichen Diskursen ebenfalls vor: Es wird fraglos die Perspektive derer eingenommen, die nicht den entsprechenden Minderheiten angehören, und gefragt, wie diese Minderheiten zu charakterisieren sind und wie mit diesen zu verfahren sei bzw. wie diese sich zu verhalten hätten. Diese Grenzziehung drückt sich auch in Gegenüberstellungen wie „Muslime/Juden/... und Deutsche“ oder im Othing geschlechtlicher und sexueller

Minderheiten aus, wie sie durchaus in der liberalen Medienöffentlichkeit vorkommen.

Die etablierten Medien sind in dieser Hinsicht „Nischen-“ bzw. „Zielgruppenmedien“, nur dass diese Spezialisierung auf eine bestimmte Zielgruppe, ihre Perspektive und ihr Interesse, nicht sichtbar wird, da es sich um die große und privilegierte Mehrheit handelt (sie sind also z.B. *as if white ethnic media*, Fleras, 2016).

Rechtspopulistische Attacken auf die Medien, andere Institutionen und führende Persönlichkeiten sowie die aggressive Rhetorik erleichtern es natürlich, das Fremde, Andersartige im Rechtspopulismus zu sehen, heben den Antagonismus zwischen Rechtspopulismus und „Mainstream“ bzw. „nicht-rechter“ Mehrheitsgesellschaft hervor, ja konstituieren ihn, und bestätigen beide Seiten darin, anders zu sein als die anderen. Dieser Antagonismus bringt einen antipopulistischen Diskurs hervor, der nicht unbedingt radikal, sondern oft betont zentristisch auftritt (Äquidistanz zu „den Extremen“ haltend), an natürliche bzw. traditionelle Autorität oder technokratische Expertise, an Stabilität und Vertrauen appelliert statt z.B. an ausgeweitete Partizipation und vertiefte Demokratie (zu antipopulistischen Diskursen vgl. z.B. Goyvaerts & de Cleen, 2019).

Ein solcher Antipopulismus wirkt oft auch, selbst ungewollt, strukturkonservativ: Man neigt dazu, bestehende Institutionen wie eben das bestehende politische und ökonomische System oder eben den Journalismus gegen rechtspopulistische Kritik zu verteidigen, die ja ungerechtfertigt ist, und scheut dann aber davor zurück, andere Kritik zu üben – aus Furcht, dass sie mit jener verwechselt werden könnte oder die Institutionen unnötig schwächt.

Übrigens zeigt auch der Vorwurf der Spaltung, des Partikularismus, der Identitätspolitik, die an Feminismus, Antirassismus etc. gerichtet ist, wie tief die Idee sitzt, es müsse *ein* Volk repräsentiert werden. Der Vorwurf lautet dann, erst diese Bewegungen spitzten den Unterschied zum Rest der Gesellschaft unnötig zu, würden erst trennende Identitäten schaffen oder betonen und spalteten auf diese Weise. Dieser Vorwurf ist wiederum gerade im Rechtspopulismus sehr ausgeprägt, der den Kampf gegen Diskriminierung als die eigentliche Zersetzung eines harmonischen Miteinander, die eigentliche Radikalität darstellt.

Auch wissenschaftsintern wird gelegentlich die Sorge um den Zusammenhalt der Gesellschaft als ein durch Gleichsinnigkeit integriertes Ganzes ausgedrückt, abstrakt vor Spaltung gewarnt. Dann wird es allerdings umso schwieriger, der Gemeinschaftsvorstellung des Rechtspopulismus etwas anderes entgegenzusetzen als einen Appell zur allseitigen Mäßigung. Die Wissenschaft hat es umso schwerer, etwas entgegenzusetzen, je mehr sie auf einer einheitlichen (oft unreflektiert Ingroup-bezogenen) Perspektive beharrt, von der aus die Gesellschaft als Gemeinschaft erscheint, und nicht die Perspektive von Ausgeschlossenen einbezieht und nicht überhaupt Gesellschaft als Einheit der Kontext- und Perspektivdifferenzen beschreibt.

Sie hat es auch umso schwerer, je weniger sie sich auf substanzielle Demokratietheorien und normative Gesellschaftstheorien berufen kann und stattdessen z.B. auf eine gängige Überinterpretationen des Grundgesetzes baut. Vielzitierte Werte und Verfassungsnormen instrumentalisiert der Rechtspopulismus ohnehin fortlaufend, etwa wenn man sich auf „Meinungsfreiheit“ für die eigene Position beruft, auf „Rechtsstaat“, aber im Sinne eines rigorosen, strafenden, autoritären, sich abschließenden Staates, usw.

Mehr Gesellschafts- und Demokratietheorie wagen – für eine Forschung und einen Journalismus, die Probleme machen

Auch und gerade Einleitungsprosa und Zeitungskommentare müssen nicht gesellschaftstheoretisch naiv bleiben. Sie müssen sich natürlich nicht wie eine Schrift von Luhmann oder Habermas lesen (wogegen freilich nichts gesagt sein soll). Jedoch kann man sich einige einfache gedankliche Operationen und sprachliche Wendungen zurechtlegen, welche die oben genannten unreflektierten Annahmen über die Integration der Gesellschaft immer wieder zu erkennen ermöglichen und die angedeuteten Alternativen immer wieder ins Bewusstsein bringen. Man kann sich etwa fragen: Denke ich hier nationalstaatlich oder weltgesellschaftlich, in einheitlichen Kulturen oder pluralistisch, aus der Perspektive einer dominanten Ingroup oder aus einer Vielfalt der Perspektiven, insbesondere der marginalisierten? Betrachte ich Menschen ausschließlich oder vorrangig im Hinblick auf *eine* bestimmte Gruppenzugehörigkeit oder hinsichtlich der Vielfalt der gesellschaftlichen Bereiche, in die sie inkludiert sind, und hinsichtlich

ihrer vielfältigen Gruppenzugehörigkeiten mit ihren Ungleichheiten? Beschwöre ich vage vermeintlich konsensuelle Werte oder kann ich Normen vorschlagen, die neutral sind gegenüber Vorstellungen des guten Lebens und diese anerkennen, sofern sie nicht ihrerseits anderen das Recht auf ihre Lebensweise absprechen? Könnten diese Normen aus der Aushandlung aller relevanten Ansprüche hervorgehen und wie können solche Diskurse organisiert oder befördert werden? Usw. Es gilt hier also, mehr Gesellschafts- und Demokratietheorie zu wagen, wo das noch nicht der Fall ist.

Natürlich werden aus anderen Gruppen und gesellschaftlichen Bereichen immerzu Fragen und Problemstellungen an die Wissenschaft herangetragen. Darauf zu antworten, ist grundsätzlich inklusiv, ja demokratisch. Trotzdem ist es auch die Aufgabe insbesondere der Sozialwissenschaften, Fragen als problematisch, gar unsinnig zurückzuweisen oder sie durch andere Fragen zu ergänzen, eigene Probleme zu finden oder neue Probleme zu machen. Dies ist umso wichtiger, wenn in den öffentlich präsenten gesellschaftlichen Fragen Vorurteile und Machtungleichgewichte eingelassen sind. Dann gilt es, der Politik, Öffentlichkeit usw. andere Deutungsangebote zu unterbreiten, neue Begrifflichkeiten und Perspektiven vorzuschlagen, insbesondere Alternativen zum rechtspopulistischen Weltbild oder zu ihm strukturell ähnlichen Gemeinschaftsvorstellungen.

Literatur

- Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (2008). Global generations and the trap of methodological nationalism. For a cosmopolitan turn in the sociology of youth and generation. *European Sociological Review*, 25, 25-36.
- Bourdieu, P. (1979). *La distinction. Critique sociale du jugement*. Paris: Minuit.
- Bourdieu, P. (1980). Quelques propriétés des champs. In Bourdieu, Pierre (Hrsg.), *Questions de sociologie* (S. 113-120). Paris: Minuit.
- Brandt, R. (1987). Das Titelblatt des Leviathan. *Leviathan*, 15, 165-186.
- Durkheim, É. (1967). *De la division du travail social*. Paris: Presses Universitaires de France.

- Fleras, A. (2016). Theorizing minority misrepresentations. Reframing mainstream news media as if white ethnic media. In G. Ruhrmann, Y. Shooman, & P. Widmann (Hrsg.), *Media and minorities. Questions on representation from an international perspective* (S. 21-38). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Frith, S. (1991). The good, the bad, and the indifferent: Defending popular culture from the populists. *Diacritics*, 21 (4), 101-115.
- Goyvaerts, J. & de Cleen, B. (im Ersch.). Media, anti-populist discourse and the dynamics of the populism debate. In B. Krämer & C. Holtz-Bacha (Hrsg.), *Perspectives on populism and the media. Avenues for research*. Baden-Baden: Nomos.
- Habermas, J. (1987). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, A. & Fraser, N. (2003). *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1985). Der Begriff der sozialen Klasse. In Luhmann, Niklas (Hrsg.), *Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee* (S. 119-162). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1998). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2005). Die Weltgesellschaft. In Luhmann, Niklas (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (5. Aufl.) (S. 51-71). Wiesbaden: Springer.
- Mudde, C. (2010). The populist radical right: A pathological normalcy. *European Politics*, 33, 1167-1186.
- Müller, J.-W. (2014). „The people must be extracted from within the people“: reflections on populism. *Constellations*, 21, 483-493.
- Noelle-Neumann, E. (2001). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut*. München: Langen Müller.
- Parsons, T. (1935). The place of ultimate values in sociological theory. *International Journal of Ethics*, 45, 282-316.
- Tönnies, F. (1887). *Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen*. Leipzig: Fues.
- Weber, M. (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.